Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 2532; Geschäftsstelle Nr. 176; Nebengeschäftsstelle (Markt 24) Nr. 2265.

Saale-Zeitung.

Vierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf.

Erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 11. **Halle a. d. Saale, Montag, den 8. Januar** **1906.**

Der Wahlkampf in England.

Das politische Ereignis der letzten Woche in England war, daß Herr Josef Chamberlain in Derby, wo er eine Wahlrede hielt, so niedergebrüllt wurde, daß er nicht mehr weiter sprechen konnte. Es waren ungefähr, so schreibt man uns aus London, vier- bis fünftausend Personen anwesend, die sich von Anfang an in einer wilden Aufregung befanden, die von Minute zu Minute wuchs. Schon nach den ersten Sätzen war die Stimmung gegen den Redner bereits eine derartige, daß der Herr Chamberlein „an die Höflichkeit appellierte, die Engländer sonst Fremden entgegenzubringen pflegten". Immer und immer wieder brach der Sturm aber so los, daß er lange Pausen machen mußte. Einmal wandte er sich ganz verzweifelt mit einer Handbewegung nach seiner Frau, die hinter ihm saß, und sagte deutlich hörbar: „Ich kann so unmöglich fortfahren". Später setzte er sich nieder und weigerte sich, wieder aufzustehen, selbst als die Ruhe von dem Vorsitzenden wieder hergestellt war. Dann verlangte eine Stimme, daß die Tür geöffnet würde, worauf der Redner erwiderte: „Wenn es Ihnen zu heiß ist, wird es vielleicht ein Trost sein, wenn ich sage, daß mir noch heißer ist", eine Bemerkung, die wieder einen Sturm gegen ihn hervorrief. Als dann weiter „Die Tür auf!" gerufen wurde, sagte Herr Chamberlain: „Die Tür ist weit auf, ich wünschte nur, wir könnten in allen auswärtigen Ländern die Türen auch so weit öffnen", aber auch diese Bemerkung half nichts. Sie wurde mit Hochrufen auf den Gegenkandidaten beantwortet. Schließlich rief einer der Chamberlainschen Freunde der Versammlung die Worte zu: „Seid ihr Engländer oder Feiglinge, die nicht den Mut haben, eine Rede anzuhören!" Das trug aber nur dazu bei, die Aufregung zu erhöhen, und am allerschlimmsten wurde es, als der Redner während einer Pause sagte, er scheine einen Fehler begangen zu haben, als er an den Verstand seiner Zuhörer zu appellieren suchte, vielleicht wäre er besser gefahren, wenn er sich gleich an ihre Passionen gewandt hätte. Als es absolut nicht mehr weiter gehen wollte, verließ der Vorsitzende mit dem Redner den Saal, und einer der Herren des Komitees rief der Menge zu, sie könnte brüllen und schreien so viel sie wollte, Herr Chamberlain werde doch noch einmal englischer Premierminister werden.

In einer Rede, die der Staatssekretär des Auswärtigen in Alnwick hielt und in welcher er auf die auswärtige Politik der neuen Regierung zu sprechen kam, betonte Sir Edward Grey noch einmal, daß die neue Regierung selbstverständlich die von der vorigen abgeschlossenen Verträge mit fremden Mächten bis auf den Buchstaben halten werde. Er halte eine starke Armee für notwendig, aber eine Armee, die dem angepaßt werden müsse, was das Reich brauche.

Eine andere bedeutsame Aeußerung über die Zukunft der Armee machte der Kriegsminister in der City, wo er erklärte, daß Sir Henry Campell-Bannerman ihn ermächtigt habe zu erklären, daß er einen so großen Wert darauf lege, daß Großbritannien eine starke Armee habe, daß er, um das zu erreichen, selbst bereit sein würde, noch mehr Ausgaben vorzuschlagen, als die Armee jetzt schon koste. Es sei durchaus nicht sicher, daß die Regierung nicht bald zu der Erkenntnis kommen werde, daß man nicht nur mehr Geld, sondern auch mehr Leute für die Armee brauche. Der Premier habe ihm freie Hand gegeben, damit er ein großes und bedeutsames Problem lösen könne. Die allgemeine Wehrpflicht würde nichts für ein Land sein, das eine Armee haben müsse, die man stets über See schicken könne, sie brauche nicht so außerordentlich groß zu sein, aber sie müsse aus dem allerbesten Material bestehen. Man brauche eine nationale Armee, deren einer Teil für den sofortigen Dienst im Auslande bereit sein müsse, der andere für den Dienst in der engeren Heimat.

Ferner sagte Mr. Winston Churchill einiges Bedeutsame über die Kolonialpolitik dieser Regierung. Er meinte, es werde eine ihrer ersten Aufgaben sein, die südafrikanischen Fragen aus dem Parteikampf in England zu entfernen, in den sie durch Herrn Chamberlain gezogen worden seien. Man müsse die Verwaltung des Transvaal einer Volksvertretung überlassen, die wirklich das Volk vertrete. Lord Elgin hoffe, daß sich dieses große Ziel in der allernächsten Zeit in der einen oder anderen Weise werde erreichen lassen.

Herrn Balfour ging es in East Manchester nicht viel besser als Herrn Chamberlain in Derby. Er wurde während der Rede, mit welcher er seine Wahlkampagne begann, fortgesetzt unterbrochen, und schließlich wurde der Lärm so groß, daß der Expremier wiederholt aufhören mußte zu sprechen. Schon die Worte, mit welcher der Vorsitzende die Versammlung begrüßte, wurden recht unfreundlich aufgenommen. Dieser betonte, daß Herr Balfour sich als Führer der Partei natürlich einen anderen Wahlkreis hätte aufsuchen können, aber er suche einen besonderen Stolz darin, diesen Arbeiterwahlkreis weiter zu vertreten. Dieser Satz wurde schon von allerhand Zwischenrufen unterbrochen, die sich auf die Kuliarbeit im Transvaal bezogen, und als der Expremier sich gleich darauf von seinem Sitze erhob, wurde das Beifallsrufen seiner Anhänger sofort von einem immer lauter werdenden Lärm übertönt. Der Redner suchte seine Zuhörer durch einige geschickte Wendungen zu beruhigen, er meinte, daß er mit Freuden bemerke, wie viele Gegner unter den Zuhörern anwesend seien, denn eine Wahlversammlung sei keine Versammlung von Anhängern einer einzelnen Partei, sondern die Gegner sollten sich bei einer solchen einmal aussprechen. Drei Parteien hätten sich jetzt gegen die Unionisten vereinigt, aber man werde trotzdem siegreich aus dem Kampfe hervorgehen. Man solle sich nur nicht durch die Redensarten der Gegner täuschen lassen, die es zum Beispiel mit der Abschaffung der Kuliarbeit in Transvaal durchaus nicht ernst nähmen. Das könne man aus ihren eigenen Worten herauslesen. Winston Churchill habe es übrigens ganz gerade herausgesagt. Dann seien überhaupt die Minister der neuen Regierung in zwei Lager geteilt, die sich vollkommen getrennt gegenüber ständen. Ferner wolle man anscheinend dem Haus der Lords ein Ende machen und Irland Home Rule geben. Auf diese Bemerkung hin brach gleich ein solcher Sturm der Entrüstung los, daß der Redner für mehrere Minuten unmöglich fortfahren konnte. Alle Proteste von seiten des Expremiers halfen nichts. Dann kamen mehrere Fragen von den Zuhörern: „Sind Sie ein Anhänger Chamberleins oder ein Freihändler?", auf die Mr. Balfour aber nicht einging. Vierzig Minuten hatte der Lärm gedauert, als der Vorsitzende für sich selbst um Gehör bat, das ihm aber auch verweigert wurde. Nachher suchte er einen Pakt mit der Versammlung zu machen, indem er dieselbe bat, seine Aeußerungen über Home Rule anzuhören, wofür er seinerseits versprach, nachher ausführlich auf die fiskalische Frage einzugehen, aber auch das vermochte nicht die Ruhe herzustellen. Nicht einmal die Dankesresolution ließ man am Schluß der Verhandlung glatt durchgehen, sondern der Lärm wurde während der Abstimmung so laut, daß schließlich der Vorsitzende zusammen mit Mr. Balfour den Saal verließ.

Aehnlich ging es noch bei einer ganzen Reihe von politischen Versammlungen, die in anderen Teilen des Landes abgehalten wurden: Lord Burton hatte für den Kandidaten seines Kreises, Major Ratcliff, eine Versammlung einberufen, die auch immerfort unterbrochen wurde, und als in Abwesenheit Lord Burtons dessen Gemahlin um Ruhe bat, wurde auch sie rücksichtslos niedergezischt, ein weiteres Zeichen dafür, daß die Aufregung überall im Lande eine ganz ungeheure ist. Earl Percy, Lord Ridley und Mr. Gerald Balfour ging es auch nicht viel besser, auch sie ließ man nicht zu Worte kommen. Ueberhaupt wurden bei weitem die meisten der Versammlungen, die von den Unionisten einberufen worden waren, von den Gegnern gestört.

John Burns hat nunmehr auch seine Wahladresse veröffentlicht. Sie enthält eine große Anzahl recht drastischer Maßregeln, zu deren Gunsten sich der neue Minister erklärt. Zu ihnen gehören: Home Rule für Irland, Diäten für die Mitglieder des Unterhauses und Wiedererstattung der Wahlkosten, Stimmrecht für alle erwachsenen Männer und Frauen, dreijährige Sessionen für das Unterhaus, Abschaffung des Oberhauses oder wenigstens der erblichen Sitze in demselben, Abänderung des Schulgesetzes, Erweiterung der Macht der Lokalbehörden, ein gesetzlicher Achtstundentag, Erweiterung des Verbots der Kinderarbeit, Altersversorgung, Einschränkung der Staatsausgaben.

Die freihändlerischen Konservativen führen jetzt einen verzweiflungsvollen Kampf um ihre Mandate, da Chamberlains Anhänger ihnen keinen Pardon geben und sie um jeden Preis aus ihren Sitzen verdrängen wollen. Daher die leidenschaftlichen Angriffe auf Chamberlain, in denen sich jetzt die konservativen Freihändler gefallen. Das Stärkste in dieser Beziehung hat sich wohl Herr Gibson Bowles geleistet, der in einer Wählerversammlung in Kings Lynn von Chamberlain sagte:

„Nacheinander zwei Führer zu verraten, zwei Parteien zu ruinieren, das ist ein Abgrund politischer Infamie, den man bisher nicht erreicht hatte. In Vergleich damit sind die indischen Thugs treue Freunde und Judas Ischariot selbst wäre dann zu einer Ruhmeskrone berechtigt."

Chamberlain hatte nämlich in einem Brief an einen Wähler von Gibson Bowles den letzteren beschuldigt, daß er seine eigene Partei immer im Rücken angreife und ein falscher Freund sei. Darauf erwiderte Gibson Bowles in der bereits zitierten Versammlung:

„Ich will Ihnen nun sagen, was meine Idee von einem falschen Freund und Hinter-dem-Rücken-Angreifer ist. Das ist einer, der den Arbeiter zu seinem persönlichen Vorteil ausbeutet und ihm für politischen Vorteil schmeichelt; der Alterspensionen verspricht, um Stimmen zu fangen, und immer die Stimmen erhalten sind, die Alterspensionen verweigert; der gegen seinen eigenen Führer in seinem eigenen Ministerium intriguiert und, weil dieser wahnsinnige Vorschläge ablehnt, in einem kritischen Momente zurücktritt; der durch geheime Intrige jeden Mann von Ehrfluß, Fähigkeit und Reputation aus dem Ministerium vertreibt; der als Preis für sein Ablassen von der Opposition verlangt, daß sein unglaublich unfähiger Sohn zum Schatzkanzler gemacht wird, und nachdem er dies erlangt hat, nichtsdestoweniger 2½ Jahre lang an der Regierung, die er verlassen, Erpressung verübt; der am Ende dieser Zeit es bewirkt, daß die Vertreter der Partei eine Resolution zu Gunsten der Politik des Führers der Partei beleidigend ablehnen, und daraufhin öffentlich diesen Parteiführer verhöhnt und ihn mit dem Vorwurf, die Partei zu erniedrigen und zu entehren, insultiert, dabei sich aber in Beteuerungen seiner persönlichen Zuneigung ergeht."

Feuilleton.

Von Pierre Corneille und seinem „Ruhm".

Ernest Blum teilt in seinem letzten „Gaulois"-Artikel aus seinem „Journal d'un Vaudevilliste" einige Erlebnisse mit, die an die bevorstehende, großartig vorbereitete Dreihundertjahrfeier der Geburt von Corneille anknüpfen und den Wert alles Nachruhmes in einer etwas melancholischen Beleuchtung erscheinen lassen. Er konstatiert, daß Corneille noch kein öffentliches Denkmal in Frankreich hat.

„Selbst seine Vaterstadt Rouen hat ihm, glaube ich, noch kein richtiges Monument geweiht. Ich erinnere mich, vor ziemlich langer Zeit in der Vaterstadt des „Cid"-Dichters gewesen zu sein und auf dem Boieldieu-Platz einen Kutscher gefragt zu haben, wo sich denn eine Statue von Pierre Corneille befände." „Aber da steht sie ja", sagte der Kutscher und zeigte auf den Boieldieu, der da steht. „Aber nicht doch", entgegnete ich, „das ist er ja gar nicht, das ist ja der Musiker Boieldieu". „So, meinen Sie? Dann ist es eben für alle beide." Dennoch muß man anerkennen, daß der berühmte Dichter immerhin ein gewisses Ansehen in seinem Lande besitzt. Sein Name ist sogar der Comédie-Française bekannt, in der seine sehr schöne Büste im Foyer aufgestellt ist. Eines Abends hörte ich, wie eine Dame aus dem Publikum, die davor stehen geblieben war und das Bildwerk mit Ehrfurcht betrachtete, zu ihrem Manne sagte: „Hat er nicht ein wirklich kluges Aussehen, der da? Es muß Corneille oder Racine sein, ich weiß immer nicht, welcher." Aber sie wußte doch zum wenigsten den Namen der beiden Tragiker, und das ist schon sehr verdienstlich; man konnte doch nicht von ihr verlangen, daß sie sie auch persönlich kenne, da sie sie jedenfalls nicht oft besucht hatte.

Wenn auch der Name Corneilles wirklich in weiteren Kreisen gar nicht unbekannt ist, so sind es seine Werke vielleicht desto mehr auch unter denen, die sich zum literarischen Publikum zählen; zum mindesten war es zu meiner Zeit so. Bis zu der Zeit, wo die Freiheit der Theater proklamiert wurde, hatten allein die staatlich unterstützten Bühnen, die Comédie-Française und das Odeon das Recht, die Klassiker zu spielen. Die Tragödien Corneilles ebenso wie die Racines und die Lustspiele Molières waren also wenig verbreitet, und erst nachher haben die Vorstadttheater und die kleinen Bühnen eine erfolgreiche Propaganda für diese Meisterwerke gemacht. Eine berechtigte Ehrung gebührt dabei dem Andenken des verstorbenen Schauspielers Ballande, der zuerst in dem kleinen Theater Déjazet literarische Matinees einführte, in denen die ernsten Klassiker aufgeführt wurden, und das seltsamste an dem ganzen Einfall war, daß er mit diesen klassischen Mittagsvorstellungen bei den Leuten seines Viertels einen ungeheuren Erfolg hatte, so daß sie in die abendlichen Vaudeville-Aufführungen gar nicht mehr hereingehen wollten. Das hat mich tüchtig gewurmt, muß ich gestehen. Als alter Tragöde, der früher im Odeon klassische Rollen gespielt hatte, hatte Ballande eine gewisse Vorliebe für Corneille und führte seine Werke öfters auf.

Diese lobenswerte Passion gab eines Tages Anlaß zu einer kleinen Geschichte, die die ganze Schauspielergesellschaft und ihre Freunde, zu denen ich gehörte, sehr amüsierte. Eine kleine Schauspielerin bei Ballande, die ebenfalls die Tragödie liebte und gern darin spielte, weil sie sich in ihren Träumen bereits an der Stelle der Rachel in der Comédie-Française sah, ein Traum, der ebenso natürlich ist, wie der des Soldaten vom Marschallstab, — diese kleine Schauspielerin bekam von ihrem Direktor im „Cid" die Rolle der Infantin, und ihr Ehrgeiz stand dahin, die Chimène zu spielen. Bei einer Probe beklagte sie sich einem Kameraden gegenüber und sagte zu ihm: „Diese Rolle der Infantin ist wirklich eine jämmerliche Nichtigkeit!" „Findest du?", antwortete der Kollege, „so geh' und beklage dich doch bei dem Dichter darüber." „Ja, das will ich wahrhaftig tun", erklärte eifrig die kleine Schauspielerin, „ich will zu ihm gehen, wenn ich nur wüßte, wo er wohnt." Bei diesen Worten glitt ein geheimes Lächeln über die Züge aller, die es hörten, sie sahen sich verständnisinnig an und einer sagte: „Sie wollen die Adresse von dem Verfasser des Stückes? Ich kann sie Ihnen geben. Herr Corneille wohnt Rue d'Argenteuil; er ist aber nur bis 3 Uhr nachmittags zu Hause." „Um so besser, dann gehe ich morgen."

Man führte den Scherz noch weiter durch, und ein Kollege übernahm es, die Rolle des großen Dramatikers zu spielen. Er kam der kleinen Schauspielerin äußerst liebenswürdig entgegen, so daß sie ganz entzückt von dem großen Dichter zu ihren Freunden zurückkehrte. „Aber das ist ja ein ganz reizender Mensch, dieser Herr Corneille, er hat mir versprochen, morgen oder übermorgen auf die Probe zu kommen und selbst die Inszenierung seines Werkes zu überwachen. Paßt nur auf, meine Lieben, der wird euch schon auf die Beine helfen und mir eine große Extrajene schreiben." Große Freude herrschte darob nicht nur bei der Schauspielerin, sondern im ganzen Theater. Die junge Dame hoffte mit rührender Zuversicht auf das Erscheinen ihres Dichters und sagte zu Ballande, wenn er etwas angab: „Geben Sie sich nur keine Mühe; der Dichter kommt ja morgen selbst." Statt dessen aber kam ein Brief; in dem stand geschrieben: „Mein Fräulein, ich bitte Sie vielmals um Entschuldigung, daß ich Sie leider nicht anhören kann; ich werde daran durch eine Ursache verhindert, an die ich selbst nicht mehr gedacht habe: Ich bin nämlich schon seit 1684 tot." Da war die kleine Schauspielerin sehr traurig und hatte außer ihrer Enttäuschung auch noch viel Spott zu ertragen. Sie ärgerte sich so sehr über den Vorfall, daß sie voller Wut alle ihre Hoffnungen als Tragödin an den Nagel hing und zum Lustspielfach überging. Dabei meinte sie, sei es nicht so sehr vonnöten, ganz genau zu wissen, ob ein Autor schon tot sei, oder noch lebe. . ."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19060108015/fragment/page=0001

ach diesen angenehmen Bemerkungen besprach Gibson Bowles die bewegte politische Vergangenheit Chamberlains, den häufigen Wechsel seiner Anschauungen und behauptete dann, daß als das Ministerium Balfour gebildet wurde und er (Gibson Bowles) dabei leer ausging, Chamberlain zu ihm kam und sein Bedauern aussprach, daß man ihm keinen Platz im Ministerium gegeben. Chamberlain habe das in seiner charakteristischen Manier getan und zu verstehen gegeben, daß, wenn auch Balfour nur die Mitglieder der Familie Cecil berücksichtige, Chamberlain selbst Bowles alles geben würde, was er verlange, sofern er sich ihm anschließe. Auch als Chamberlain die Schutzzollbewegung in Angriff nahm, habe er durch eine Mittelsperson Gibson Bowles zum Anschlusse bewegen wollen. Bowles aber habe das gefährliche Privileg der Bundesbrüderschaft mit Chamberlain abgelehnt. Zum Schlusse sagte Gibson Bowles:

„Bei allen seinen Talenten hat Chamberlain niemals die Zuneigung oder das Vertrauen irgend einer Partei gewonnen, wenn er auch gelegentlich aus Gründen der Selbstsucht unterstützt wurde. Wäre er ehrlich und treu gewesen, so hätte er ein Führer sein können; so aber kann er nur sein, was er immer gewesen ist, ein Parteizerstörer. Und das macht ihn so bitter, er fühlt es, daß er ein vollständig erfolgloser Politiker ist, daß er, der es niemals ertragen konnte, Zweiter zu sein, nichtsdestoweniger niemals Erster werden, und daß von ihm der Spruch gelten wird: das er wie das hintere Wagenrad dazu verurteilt ist, immer nahe, niemals aber nach vorne zu kommen.“

Nicht so leidenschaftlich, aber immerhin scharf genug, sprach sich auch Lord Hugh Cecil, der jüngste Sohn des verstorbenen Premierministers Salisbury, über Chamberlain aus. Chamberlain sei so erbittert über ihn, weil er (Lord Cecil) es gewagt habe, vor einer Freihändler-Versammlung in Birmingham zu sprechen. Chamberlain betrachte Birmingham im selben Lichte, wie etwa ein Mohammedaner Mekka betrachtet; er kann es nicht ertragen, daß die Stadt vom Fuße eines Ungläubigen befleckt wird. Chamberlain hat Widerspruch nirgends gern, aber ihm in Birmingham zu widersprechen, sei mehr als „schlecht“, es sei „Gotteslästerung“, etwa wie unanständiges Benehmen in einer Kirche. Chamberlain habe sich noch immer nicht von der Erschütterung erholt, daß jemand so verwegen gewesen sei, eine Versammlung in der heiligen Stadt abzuhalten, die nicht Chamberlains Billigung gefunden.

*

Der englische Premierminister Campbell-Bannerman sagt in seinem Wahlaufrufe, die Minister hätten in der Führung der auswärtigen Politik auf die Eigentümlichkeiten verzichtet, die seine Partei früher zu tadeln gehabt hätte, diese mache es der jetzigen Regierung möglich, im weiteren die Politik der letzten Regierung fortzusetzen, ohne von der Freundschaftlichkeit und nicht herausfordernden Art der früheren liberalen Regierung abzugehen. Es werde die Pflicht der jetzigen Regierung sein, das System der Selbstverwaltung, die bürgerliche und religiöse Freiheit sowie den Freihandel aufrecht zu erhalten, ferner so weit wie möglich die Nachteile, die in den letzten Jahren entstanden seien, wieder gutzumachen und sozialistische und wirtschaftliche Reformen zu sichern.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

— Es wird jetzt als sicher bezeichnet, daß der neue deutsche Botschafterposten am japanischen Hofe dem gegenwärtigen Vertreter Deutschlands in Peking Frhrn. Mumm v. Schwartzenstein übertragen werden soll. Bezüglich der Besetzung der Gesandtschaftsposten in Kopenhagen und Christiania sind widerspruchsvolle Meldungen im Umlauf. Man kann aber damit rechnen daß Dr. Stübel nicht nach Christiania gehen wird, sondern einen anderen Gesandtschaftsposten erhält.

— Der Kaiser hielt an die preußischen Oberpräsidenten, die zu ihrer Jahreskonferenz in Berlin versammelt waren, eine Ansprache.

Wie „Aussprüche des Kaisers“ erfunden werden.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hatte erklärt, daß es sich bei der angeblichen Aeußerung des Kaisers „im Kriege bin ich mein eigener Generalstabschef und das bißchen Friedensarbeit müssen Sie doch bewältigen können“ um eine groteske Erfindung handelt. Jetzt weist die „Frankf. Ztg.“ darauf hin, daß diese Bemerkung nichts ist, als ein „Witz“ aus dem „Simplizissimus“ vom 3. Januar 1905. Damals, also vor Jahresfrist, brachte das Blatt folgenden „Scherz“:

Sein Moltke.

„Wollen Sie mein Generalstabschef, mein Moltke werden, lieber Graf?“ — „Halten zu Gnaden, ich fühle mich zu gebrechlich für einen so verantwortungsvollen Posten.“ — „Na, hören Sie mal, das bißchen Friedensarbeit werden Sie schon noch bewältigen, und im Kriege mache ich ja doch alles selber.“

Nach Jahresfrist tauchte die „groteske Erfindung“ im Zusammenhang mit einem aktuellen Vorkommnis auf und — wird in ernsthaften Kreisen ernsthaft behandelt! Die Torheit, diesen Witz ernsthaft genommen zu haben, hat vor allem die „Staatsbürgerzeitung“ begangen, die diese neueste Klatschaffäre angerührt hat. Es ist nur gut, daß der Klatsch so bald und so gründlich als das entlarvt werden konnte, was er ist.

Lächerliche Angriffe der „Times“ gegen Bülow.

Der Pariser Korrespondent der „Times“ behauptet in einem von dem genannten Blatte veröffentlichten Telegramm, von einem Freunde die folgenden Aeußerungen des verstorbenen Fürsten Hohenlohe über den Fürsten Bülow erfahren zu haben. Fürst Hohenlohe soll danach während eines Aufenthaltes in der Schweiz diesem Herrn gesagt haben, er wisse sehr wohl, daß sein Staatssekretär des Auswärtigen, der damalige Herr v. Bülow, den Wunsch habe, sein Nachfolger zu werden, er befürchte aber, daß, wenn das wirklich so kommen sollte, Deutschland in Schwierigkeiten geraten werde. Man müsse, wenn man dem Kaiser etwas zu sagen habe, mit Bezug auf die Form, in welcher das geschehe, vorsichtig sein, aber man dürfe es unter keinen Umständen unterlassen, ihm die volle Wahrheit zu sagen. Fürst Hohenlohe soll dann als Beispiel für diese seine Behauptung das folgende erzählt haben: Als der Kaiser zuerst den Entschluß gefaßt habe, in China Gebiet zu erwerben, da habe er so weitgehende Pläne gehabt, daß dieselben leicht zu der vollkommenen Eroberung Chinas hätten führen können. Er sei sehr enthusiastisch bei dieser Sache gewesen, was ja auch aus dem Telegramm hervorgegangen sei, welches er damals an seinen Bruder schickte. Da habe aber der Fürst ihm klar und deutlich gesagt, wie weit man gehen könnte, ohne ernste Gefahren herauf zu beschwören, und so verhindert, daß man zu weit ging. Es sei aber fraglich, ob Herr v. Bülow immer einen solchen Weg einschlagen würde. Fürst Hohenlohe befürchtete, daß er seinen Rat nicht im richtigen Moment geben werde und manchmal vielleicht überhaupt nicht. (!) Er werde vielmehr vorziehen, des Kaisers Politik durchzuführen, und es vermeiden (!), diesem die manchmal unangenehme Wahrheit zu sagen. Im übrigen habe Fürst Hohenlohe die guten Eigenschaften seines damaligen Staatssekretärs vollkommen anerkannt aber nur hinzugefügt, daß er bis zu einem gewissen Grade oberflächlich und indolent (!) sei, zwei Eigenschaften, die gerade ein Berater Kaiser Wilhelms unter keinen Umständen besitzen dürfe. Im Anschluß an diese Mitteilung sagt der Korrespondent der „Times“, man werde sich erinnern, daß Fürst Bülow sich während der Marokkoaffäre wiederholt schlecht informiert (!) gezeigt habe, so daß der Verdacht nahe liege, daß er auch hier nicht immer nur auf die verantwortlichen Vertreter des Reiches gehört habe, sondern auch auf andere Leute, die ihre eigenen Ziele verfolgten, wie zum Beispiel die Ultramontanen, von denen er neulich gesprochen habe.

Regierungswechsel in Sachsen.

Aus Dresden wird den „L. N. N.“ geschrieben: Es ist nunmehr vollkommen sicher, daß Staatsminister v. Metzsch im Frühjahr dieses Jahres sein Amt niederlegt. Da der Landtag voraussichtlich Ende März seine Beratungen abschließt, kommt als Zeit des Rücktritts des Ministers der Anfang des zweiten Vierteljahres in Betracht. Als Nachfolger wird schon seit Jahren der sächsische Gesandte in Berlin, Graf v. Hohenthal und Bergen, genannt. Neuerdings tritt aber noch ein anderer Name in den Vordergrund, und das ist der des ersten vortragenden Rates im auswärtigen Ministerium, Geheimen Legationsrates Freiherrn v. Salza und Lichtenau, dessen Bruder sächsischer Militärbevollmächtigter in Berlin ist. Geh. Rat v. Salza und Lichtenau, der früher Amtshauptmann in Oschatz und Legationsrat im Auswärtigen Amte war, hat eine recht schnelle Laufbahn gemacht und gilt als eine Persönlichkeit, die auf allen Gebieten bestens erfahren ist. Weiter ist mitzuteilen, daß die Kreishauptleute v. Ehrenstein in Leipzig und Schmiedel in Dresden ihre Entlassungsgesuche für Ende dieses Vierteljahres eingereicht und mit dem Ruhebedürfnis bei dem zunehmenden Alter begründet haben. Für die Leipziger Kreishauptmannschaft wird als neuer Chef Geh. Regierungsrat v. Burgsdorff im Ministerium des Innern und für die Dresdener Kreishauptmannschaft Geh. Regierungsrat Dr. Rumpelt ebendort genannt. Endlich ist zu erwähnen, daß neben Geheimrat Dr. Wach in Leipzig als Nachfolger des schwer erkrankten Kultusministers Dr. Seydewitz, dessen Rückkehr in das Amt als vollkommen ausgeschlossen erscheint, noch Ministerialdirektor Geh. Rat Dr. Roscher im Ministerium des Innern und der Präsident des evangelisch-lutherischen Landeskonsistoriums v. Zahn in Betracht kommen.

Die neue Redaktion des „Vorwärts“

blamiert sich jeden Tag, so gut sie kann; und wirklich vermag sie auf diesem Gebiete Hervorragendes zu leisten, da sich nicht nur ihre allgemeine Bildung unter dem Nullpunkte befindet, sondern auch ihre politischen Kenntnisse sogar nicht den bescheidenen an sozialdemokratische Redakteure zu stellenden Anforderungen entsprechen. So wissen die Siebenschläfer des „Vorwärts“ noch nicht einmal, daß der Abg. Rickert schon vor einigen Jahren verstorben ist. In einem Artikel, der sich mit Ausführungen des Herrn Dr. Barth zur Wahlrechtsfrage beschäftigt, schreibt das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands:

„Ob der Freisinn sich aufraffen wird? Ob auch nur die Freisinnige Vereinigung samt den Herren Rickert und Pachnicke Herrn Barths Parole aufnehmen wird? Wir wollen es abwarten.

Wenn Abg. Stadthagen die Ansicht von Herrn Rickert hören will, dann wird er sich schon mit irgend einem Spiritisten in Verbindung setzen müssen, um den Geist des Verstorbenen herbei zu zitieren.

Mit der Fürsorge für die schulentlassene gewerbliche männliche Jugend

beschäftigen sich drei Ministerialerlasse. In dem ersten Erlaß, der von den Ministern des Handels, des Unterrichts und des Inneren unter dem 24. November 1901 an die Regierungspräsidenten gerichtet worden ist, heißt es:

An vielen Orten ist durch Jugend-, Lehrlings- und Kaufmannsheime, durch Darbietung von Schreib-, Lese-, Spiel- und Erholungsgelegenheit der verschiedensten Art, durch Museumsführungen, durch Turn-, Gesangs-, Lese-, Vortrags- und sonstige Unterhaltungsabende den aus der Schule entlassenen Jünglingen, die eines geeigneten Familienanschlusses entbehren, die Möglichkeiten geboten, ihre freien Abende und Sonntage in einer Weise zuzubringen, die ihnen zusagt und ihrer körperlichen und geistigen Entwickelung förderlich ist. Andererseits lassen die Berichte erkennen, daß diese Möglichkeit nicht überall in der wünschenswerten Weise benutzt wird, daß sie aber auch noch an vielen Orten fehlt, wo ihr Mangel schmerzlich zu beklagen ist. In beiden Beziehungen sind, wie wir nicht verkennen, den amtlichen Bemühungen, eine Besserung herbeizuführen, enge Grenzen gezogen. Wir hoffen aber, darauf rechnen zu können, daß die Herren Regierungspräsidenten innerhalb dieser Grenzen ihren Einfluß zur Herbeiführung einer Besserung tatkräftig und nachhaltig einsetzen werden. Wo bereits geeignete Vereine oder andere Veranstaltungen hierfür vorhanden sind, wird es in erster Linie darauf ankommen, sie zu stützen und zu stärken, jedenfalls aber alles zu vermeiden, was ihre Weiterentwickelung beeinträchtigen könnte. Die Hauptschwierigkeit bei allen Neueinrichtungen wird in der Gewinnung einer Persönlichkeit liegen, die das Unternehmen leitet. Wie sie zu suchen und zu finden ist, kann nur auf Grund örtlicher Kenntnisse und Erfahrungen beurteilt werden.

In einem zweiten Erlaß derselben Minister wird hervorgehoben, daß es nicht in ihrer Absicht liege, die vorhandenen konfessionellen Vereine durch Veranstaltungen zu ersetzen, die keinen konfessionellen Charakter besitzen. Dies wird besonders betont, da nach den eingereichten Berichten sich die konfessionellen Vereine in der Fürsorge für die gewerbliche Jugend besonders ausgezeichnet haben. In einem Erlaß des Kultusministers vom 24. Oktober 1905 heißt es endlich, daß die Frage der Jugendfürsorge in letzter Zeit fortgesetzt Gegenstand eingehender Erörterung der Staatsbehörden gewesen sei. Obschon das segensreiche Werk unter dem erfreulichen Zusammenwirken der Beteiligten bisher einen durchaus befriedigenden Fortgang genommen habe, so bestehe gleichwohl nicht nur in den kleinen Städten, sondern auch in den zahlreichen Landgemeinden, in denen sich eine entwickelte Industrie vorfinde, noch ein weitreichendes Bedürfnis zur Sammlung, Belehrung und zweckentsprechenden Unterhaltung der nicht mehr schulpflichtigen Jugend. Aus den von den Regierungspräsidenten erstatteten Berichten habe der Minister ersehen, daß auch eine große Zahl von Lehrern an Volks- und Fortbildungsschulen in dankenswerter Weise ihre Kräfte in den Dienst der vorstehend bezeichneten Bestrebungen gestellt hat. Auf ihre Mitarbeit werde auch weiterhin der größte Wert gelegt werden müssen, da sie die betreffenden Jünglinge meistens schon aus ihrer Schulzeit genau kennen und nach ihrer Vorbildung die Zwecke der Jugendfürsorge am besten zu fördern vermögen. Die Regierungen werden ersucht, damit die erwähnten Wohlfahrtsbestrebungen bei den Lehrern an Boden gewinnen und weitere Verbreitung finden, ihnen durch Vermittlung der Departementsschulräte sowie der Kreis- und Ortsschulinspektoren unter strenger Vermeidung jeder Nötigung die freiwillige Mitwirkung warm ans Herz zu legen. Zu dem Zwecke wird empfohlen, die Frage, wie die Schule bei der Fürsorge um die schulentlassene männliche Jugend mitwirken könne, im kommenden Jahre auf den Kreislehrerkonferenzen zum Gegenstand der Besprechung zu machen.

Der Arbeiterzwist in Breslau.

Der Breslauer Oberbürgermeister Dr. Bender hat am Schlusse des Empfanges einer Arbeiterdeputation, die eine Teuerungszulage erbat, zwei Arbeiter entlassen. Ueber die Gründe, die diesen Vorgang veranlaßten, berichtet die „Bresl. Ztg.“: „Seit geraumer Zeit besteht eine starke Spannung zwischen dem Oberbürgermeister und der sozialdemokratischen Partei, die ihn mit ihrem intensivsten Hasse, ja mit Schmähungen verfolgt. Daß unter diesen Umständen der Oberbürgermeister sich weigerte, als Wortführer städtischer Arbeiter den Arbeitersekretär Mehrlein, der nicht städtischer Arbeiter, sondern sozialdemokratischer angestellter Agitator ist, anzuerkennen, wird sicher niemand verwunderlich finden. Herr Mehrlein erblickt zum mindesten seinen Beruf darin, die städtischen Arbeiter gegen die Verwaltung ständig aufzuhetzen, wobei es ihm natürlich nicht ausschließlich darauf ankommt, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter tatsächlich zu verbessern, sondern vor allem, sie ganz ins Lager der sozialistischen Partei zu führen. Wie der Ton ist, den die Sozialdemokratie gegen den Oberbürgermeister anschlägt, geht etwa daraus hervor, daß sie ihm nach der Bewilligung der auch von den anderen größeren Städten beschlossenen Spende von 30,000 M. für die Hochzeit des Kronprinzen vorwarfen, er habe der Bürgerschaft den Eid gebrochen; oder daß sie erst dieser Tage, noch dazu im Anschluß an eine wirkliche Steuerreform und Steuererleichterung, damit drohten, „russisch zu reden.“ So ist es auch kein Wunder, daß die Arbeiter, die ständig diesen Ton hören, in ihren Eingaben, in ihren Resolutionen und auch in den Verhandlungen keineswegs den Ton anschlagen, der nun einmal in der ganzen Welt, in jedem privaten wie amtlichen Betriebe üblich ist, wenn Untergebene Wünsche vorbringen oder auch Forderungen aufstellen. Niemand wird einen servilen Ton für wünschenswert halten; aber kein Verständiger wird auch den halb drohenden, halb vorwurfsvollen Ton billigen können, den die Arbeiter den städtischen Behörden gegenüber anzuschlagen wagen. Daß sich unser Oberbürgermeister im Eifer der erregten Unterhandlung veranlaßt sah, auch an die zum Teil sehr weit zurückliegenden Vorstrafen der beiden Arbeiter zu erinnern, erscheint freilich bedauerlich.“

Die Unruhen in Deutsch-Ostafrika.

Am Sonnabend wurde in Dar-es-Salaam an fünf Rädelsführern aus dem Bezirk Dar-es-Salaam, namens Magimba, Matangojofi, Kiduka, Magensabili und Banamungi im Beisein einer großen Volksmenge und von über 100 Europäern die Hinrichtung durch den Strang vollzogen.

Gegen die Schulvorlage.

Der am Sonnabend in Koblenz abgehaltene nationalliberale Delegiertentag für die Rheinprovinz einigte sich nach einem Vortrage des Abgeordneten Schiffer über den Schulgesetzentwurf auf eine Resolution, in der gesagt wird, daß gegen den Entwurf schwere Bedenken zu erheben seien. Insbesondere sei die Uebertragung des Vorsitzes in den Schulvorständen ländlicher Gemeinden kraft Gesetzes zu verwerfen, sowie auch die beabsichtigte Zusammensetzung der Schuldeputationen und Schulvorstände, wodurch die Geistlichkeit in unzulässiger Weise gesetzlich bevorzugt, die Mitgliedschaft anderer Männer und der Frauen aber zu sehr beschränkt wird. Zu beanstanden seien auch die Bestimmungen über die Verminderung der Gemeinderechte, über die Wahlen und Berufungen der Lehrer und Rektoren, sowie auch über die Verfügung über das Schulvermögen. Der Delegiertentag sprach die Erwartung aus, daß auch festgehalten werde an der Förderung der baldigen Einführung der weltlichen Fachschulaufsicht, der Entwicklungsfreiheit, der Simultanschule in grundsätzlicher Gleichberechtigung mit der Konfessionsschule. Schließlich sei auch zu verlangen, daß die gegen die Verfassung verstoßende Behandlung der jüdischen Mitbürger, wie sie der Gesetzentwurf enthält, beseitigt, und daß der Zwang zur Teilnahme der Dissidentenkinder am konfessionellen Religionsunterricht aufgehoben werde.

In einer nationalliberalen Versammlung des Vereins für Westerhüsen-Sohlen-Salbke und Beyendorf wurde von nationalliberaler Seite ein heftiger Protest gegen die Schulvorlage erhoben. Generalsekretär Braumann-Magdeburg kritisierte den Entwurf wie folgt: Die konfessionellen Bestimmungen können im allgemeinen befriedigen (?), da sie auch der Simultanschule und ihrer Entwicklung gewisse Rechte (?) einräumen; sicher geben sie Richtlinien, nach denen man weiter verhandeln kann. (Dieser Optimismus ist etwas weitgehend.) Die Frage nach der materiellen Seite, besonders nach der Kostentragung und nach den Staatszuschüssen, bedürfen dringend der Aenderung. Heranziehung größerer Verbände zum Tragen der Kosten, vielleicht der Kreise, und stärkere und genauer präzisierte Zuschüsse aus Staatsmitteln seien anzustreben. Nach der kommunalen Seite hin (Lehrer- und Rektorenanstellung) sei der Entwurf unannehmbar, denn er nehme den Kommunen alle Rechte, um ihnen nur das zweifelhafte Vergnügen des Bezahlens zu lassen. Gänzlich unannehmbar sei aber die beabsichtigte Zusammensetzung des Schulvorstandes in ländlichen Gemeinden mit dem Ortsschulinspektor als gesetzlichem Vorsitzenden. Diese Einrichtung bedeute nichts als eine konfessionelle Sonderorganisation, der die Partei nie zustimmen könne. (Lebhafter Beifall.) Schließlich verwandte sich Redner noch für Sitz und Stimme der Frauen in den Schulvorständen und Deputationen. Wenn irgendwo sei dort das gegebene Feld für segensreiche Frauenarbeit.

Am 13. Januar findet in der Schulvorlagen-Angelegenheit ein außerordentlicher ostpreußischer Städtetag in Königsberg statt.

Die städtischen Körperschaften von Rastenburg haben nach der „Königsb. Hartungschen Ztg.“ am Donnerstag einmütig Stellungnahme gegen das Schulgesetz beschlossen. Es wurden vier Vertreter zum Städtetag in Königsberg gewählt.

In der in Dortmund tagenden Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses der nationalliberalen Partei der Provinz Westfalen erklärten die anwesenden Abgeordneten, die Partei werde das Volksschulgesetz ablehnen, wenn es nicht gelinge, ein Gesetz zustande zu bringen, das die Rechte der Gemeinden wahre.

Der Verband der israelitischen Lehrer des Regierungsbezirks Kassel beschäftigte sich auf seiner Jahresversammlung in Bebra u. a. auch mit dem Schulunterhaltungsgesetzentwurf. Der Entwurf wurde in der vorliegenden Fassung als ungeeignet bezeichnet. Die Forderungen der israelitischen Lehrer sollen durch eine Kommission an maßgebender Stelle angebracht werden.

Gegen die Wahlentrechtung in Hamburg.

Die 17 Volksversammlungen, welche Freitag abend von der Sozialdemokratie in Hamburg abgehalten wurden, um gegen die geplante Wahlrechtsverschlechterung zu protestieren, waren überaus stark besucht. Ueberall wurde einstimmig folgende Resolution gefaßt: „Die Volksversammlung ist entschlossen, mit allen verfügbaren Machtmitteln jedem Versuch, die spärlichen Volksrechte zu schmälern, entgegenzutreten. Sie wird deshalb den Kampf gegen den geplanten Wahlrechtsraub energisch durchführen und zugleich der Forderung eines freiheitlichen Ausbaues unseres Staatswesens Geltung verschaffen. Dem reaktionären Treiben der Wahlrechtsumstürzler setzt sie die Forderung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts entgegen.“

Die Fleischnot.

Teuerungszulagen bewilligte die Oberwerftdirektion in Wilhelmshaven für Werftarbeiter in niedrigeren Lohnklassen.

Politisches.

— Die Leitung des Alldeutschen Verbandes hat beschlossen, den verdienten Vorsitzenden Professor Hasse, der am 14. Februar sein 60. Lebensjahr vollendet, zum Ehrenmitglied

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19060108015/fragment/page=0002

vorzuschlagen und außerdem eine „Hasse-Stiftung" ins Leben zu rufen, für welche Herr Oberrechnungsrat Werner, Potsdam, Beiträge entgegennimmt.

Finanz- und Steuerwesen.

— Automobile, die von Aerzten auf ihren Berufsfahrten benutzt werden, sollen, nach dem Projekt des Freiherrn v. Stengel, gleichfalls mit einer Steuer belegt werden, eine Absicht, der schon von beteiligter Seite mit Recht lebhaft widersprochen worden ist. Jetzt haben sich Reichstagsabgeordnete, die von Beruf Aerzte sind, der Abwehrung dieser Steuer angenommen. Der Reichstagsabgeordnete Dr. med. Leonhardt-Kiel läßt im „Aerztl. Vereinsbl." die folgende Aufforderung an die Aerzte ergehen: „Dem Reichstage ist zur Aenderung des Reichsstempelgesetzes eine Vorlage zugegangen, in welcher u. a. Erlaubniskarten für Kraftfahrzeuge zur Personenbeförderung vorgeschlagen werden. Die Steuer soll für Kraftrider jährlich 10 M., für Kraftwagen mit zwei Sitzplätzen 100 M., mit drei oder mehr Sitzplätzen 150 M. betragen, außerdem wird bei Wagen bis zu 4 HP. 2 M., sonst 5 M. für jede HP. erhoben. Von der Steuer befreit bleiben Fahrzeuge, die ausschließlich der gewerbsmäßigen Personenbeförderung dienen." Die Fassung der hervorgehobenen Worte läßt es mehr als zweifelhaft erscheinen, ob die Regierung darunter auch Steuerfreiheit für die Autos von Aerzten, Tierärzten, überhaupt solchen Personen versteht, welche sich eines Kraftwagens bei der Ausübung ihres Berufes bedienen. Es ist aber nicht mehr als recht und billig, daß Wagen zu bezeichnetem Zweck unbesteuert bleiben, und notwendig, dies im Gesetze ausdrücklich zu betonen. Zur Unterstützung eines dahingehenden Abänderungsantrages wäre es mir sehr erwünscht, eine Uebersicht darüber zu erhalten, in welchem Umfange bereits das Automobil von den praktischen Aerzten benutzt wird und ich bitte daher alle Kollegen, welche ein Auto besitzen, dies mir auf einer Postkarte mitteilen zu wollen unter gleichzeitiger Angabe der Zahl der Wagen und der Pferdekräfte."

— Eine auf Veranlassung des deutschen Tabakvereins in Köln stattgehabte Versammlung von Tabakinteressenten nahm Stellung gegen die projektierte Erhöhung der Tabaksteuer. Nach einem eingehenden Referat des Syndikus Schloßmacher wurde eine Resolution angenommen, worin die zuversichtliche Hoffnung ausgesprochen wird, daß der Reichstag der Vorlage seine verfassungsmäßige Zustimmung versagen würde.

— Sämtliche Tabakinteressenten von Erfurt und Umgebung richteten an den Reichstag eine Petition gegen die geplante Tabaksteuer.

Industrie und Handel.

— Für den Getreidehandel und die Getreidemüllerei bringt das neue Zolltarifgesetz eine wesentliche Erschwerung dadurch, daß die Zölle für Getreide, Hülsenfrüchte, Raps und Rübsen künftig nicht mehr gestundet werden dürfen und im Falle der Aufnahme dieser Waren in ein Zollager die später zu entrichtenden Zölle für die Dauer der Lagerung mit 4 Prozent zu verzinsen sind. Diese vom 1. März ab gültigen Vorschriften haben den Bundesrat veranlaßt, eine Einzahlung auch sämtlicher noch vor dem 1. März auf Kredit angeschriebenen Zollbeträge für Getreide am 1. März zu verlangen, also die in den Monaten Dezember 1905 und Januar und Februar des neuen Jahres auf Grund des noch geltenden Zolltarifgesetzes bewilligten dreimonatlichen Zollkredite zu verkürzen. Zu dieser Anordnung des Bundesrates bemerkt in sachlicher Uebereinstimmung mit den Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft, die sich in ihrer letzten Sitzung mit der Forderung des Bundesrates beschäftigt hatten, die Handelskammer zu Bremen in ihrem soeben erstatteten Jahresbericht für 1905: „Der Bundesrat hat zweifellos hierzu das Recht, da ein gesetzlicher Anspruch auf die Zollkredite nicht besteht, diese vielmehr auch heute nur nach dem Ermessen des Bundesrates gewährt werden können. Die Maßnahme bedeutet aber eine Härte gegen den Getreidehandel und die Getreidemühlenindustrie, die beim Abschluß ihrer Lieferungsgeschäfte auf die letzten drei Monate vor dem 1. März damit gerechnet haben, daß sie neben vollen dreimonatlichen, zum Teil sehr erheblichen Zollkredit genießen würden."

Verkehrswesen.

— Die Schnellfahrversuche mit Dampflokomotiven werden bei der preußischen Staatsbahnverwaltung demnächst wieder aufgenommen werden. Minister v. Budde hat die Eisenbahndirektion Berlin beauftragt, die Versuchsfahrten, die voraussichtlich von Spandau aus auf der Strecke nach Hannover stattfinden werden, zu leiten und darüber zu berichten. Bei den vorjährigen Versuchen wurden, wie erinnerlich, Fahrgeschwindigkeiten bis zu 186 Kilometer (Heißdampflokomotive) beziehungsweise 157 Kilometer (Schnellbahnlokomotive) per Stunde erzielt.

— Die Stadtgemeinde Linden hat am Sonnabend der Provinz Hannover gegenüber die Garantieleistung für den Rhein-Leine-Kanal in der von ihr geforderten Höhe übernommen. Die hierdurch von Linden garantierten Beträge schwanken zwischen Jahresleistungen von 69,000 bis 123,000 M. In welcher Höhe diese Summen demnächst wirklich eingezogen werden, hängt der „Magd. Ztg." zufolge von der größeren oder geringeren Rentabilität des Kanals ab.

Frauenfrage.

— Die Konferenz über die Reform der höheren Mädchenschulen wird, wie wir aus sicherer Quelle erfahren, am 23. Januar im Kultusministerium beginnen. Zunächst werden nur die technischen Fragen erörtert werden in einem Kreise, der im Mädchenschulwesen besondere Erfahrungen besitzt. Namentlich werden auch auf diesem Gebiete erfahrene Frauen zu den Verhandlungen zugezogen werden.

— Ueber die die Reform des höheren Mädchenschulwesens betreffenden Konferenzen im Kultusministerium wird in der „N.-Z." noch mitgeteilt: Die Regierung geht von der Voraussetzung aus, daß die Zulassung der Frauen zum akademischen Studium und damit zu einer Reihe höherer Berufsarten binnen kurzem allgemein erfolgen wird; was sie anstrebt, ist eine Bildung, die, auf einheitlicher Grundlage beruhend, in ihrer obersten Stufe die Reife für die Universität verleiht, zugleich aber der Vertiefung des Geisteslebens auch derjenigen dient, die einen akademischen Beruf nicht anstreben. Um beide Zwecke zu verbinden, wird zunächst ein gemeinsamer Unterbau geplant, der sich beträchtlich weiter erstreckt, als das selbst auf den sogenannten Reformanstalten der Knaben der Fall ist: er umfaßt nämlich den ganzen Lehrplan der sechsklassigen Knaben-Realschule und schließt sich auch dem Inhalt nach im wesentlichen, wenn auch mit einigen Abweichungen, an diesen an; doch sollen mit Rücksicht auf die körperliche Entwicklung der jungen Mädchen sieben Jahre statt sechs auf den Lehrgang verwendet werden. Hierüber erhebt sich dann das „Ober-Lyceum", das im dreijährigen Kursus zum Abiturientenexamen führt. Die Gestaltung dieses Kursus ist der eigenartigste Teil dieses Planes. Es folgt nämlich keiner der vorhandenen Arten von höheren Knabenschulen unmittelbar, sondern sucht auf einem neuen Wege zwischen ihnen zu vermitteln. Dies geschieht durch eine grundsätzliche Scheidung zwischen allgemein verbindlichen und wahlfreien Fächern. Die ersteren sind hauptsächlich Deutsch, Geschichte, Naturwissenschaften, Religion und ein engerer Mathematischer Kursus; als einzige Fremdsprache auffallenderweise Französisch. An diesen Grundstock schließen sich vier verschiedene Gruppen wahlfreier Fächer, die ebenso viele verschiedene Wege zum Abiturientenexamen darstellen oder richtiger vervollständigen. Von besonderer Bedeutung ist, daß an einen oder einige dieser Kurse nach abgelegter Reifeprüfung noch ein Jahr praktisch-methodischer Anleitung angeknüpft werden kann, dessen Absolvierung zum Examen für das Lehramt an mittleren und höheren Mädchenschulen berechtigt, so daß also die Vorbildung dieser Kategorie von Lehrerinnen von dem Ober-Lyceum mit umfaßt wird; die eigentlichen Oberlehrerinnen dagegen studieren auf der Universität und werden hinsichtlich der Staatsprüfung und der pädagogischen Ausbildung den männlichen Kandidaten gleichgestellt. — Aus diesen Reformplänen geht hervor, daß die Regierung weitgehende Zugeständnisse an die Weiterbildung der Mädchen machen will. Sie beabsichtigt nicht ein Gleiches, sondern der höheren Knabenschulbildung Gleichwertiges zu schaffen. Bleibt abzuwarten, inwieweit die Verhandlungen die Ausführung dieser Pläne sichern werden.

— Der Berliner Stadtverordnetenversammlung ist die Magistratsvorlage wegen der Errichtung eines selbständigen Mädchen-Reolgymnasiums zugegangen. Danach sollen zunächst die Klassen Untertertia bis Oberprima mit dem Lehrplane eines Reformrealgymnasiums eröffnet werden, und zwar schon zu Ostern d. J. mit allen sechs Klassen, sobald die nötige Zahl von Anmeldungen erfolgt ist. Das Schulgeld soll 140 M. jährlich für Kinder Berliner Einwohner und 200 M. für die Schülerinnen von auswärts betragen. Die Einnahmen im ersten Jahre sind mit 23,500 M und die Ausgaben auf rund 49,000 M. veranschlagt.

— Ein Mädchengymnasium wird am 1. April d. J. in Essen a. d. Ruhr eröffnet; in Dortmund beabsichtigt die städtische Verwaltung ebenfalls die Errichtung einer derartigen Anstalt.

Heer und Flotte.

— Der deutsche Kreuzer „Panther" traf am Sonnabend in Buenos Aires ein.

Koloniales.

— Der Zentrumsabgeordnete Erzberger wendet sich — diesmal nicht in der „Köln. Volksztg.", sondern im „Tag" — in einem scharfen Artikel gegen die neueste Kolonialverordnung, betreffend das Einziehen von Vermögen Eingeborener in Südwestafrika.

Ausland.

Die Wirren in Rußland.

Aeußerungen Wittes.

Ein Vertreter der Petersburger Telegraphen-Agentur hatte gestern mit dem Grafen Witte eine Unterredung, in deren Verlaufe er den Grafen fragte, ob dieser Verwicklungen wegen der Marokkofrage befürchte. Der Graf erwiderte, er sei überzeugt, daß alle Behauptungen, daß der Deutsche Kaiser die Absicht hege, gelegentlich der Konferenz von Algeciras eine aggressive Politik einzuschlagen, der Begründung entbehren, denn unter der in jeder Beziehung hervorragenden Regierung Kaiser Wilhelms II. habe Deutschland eine ausschließlich friedliche Politik befolgt und er — Graf Witte — sei überzeugt, daß die deutsche Politik immer eine solche bleiben werde und daß die Marokko-Konferenz ohne Zwischenfall, besonders zwischen Deutschland und Frankreich, zu Ende gehen werde. Der Graf erklärte weiter, er wisse nicht, wer ein Interesse darin habe, derartige beunruhigende Gerüchte zu verbreiten. Vielleicht geschehe es im Interesse gewisser Baissespekulationen an der Börse, er sei aber erstaunt, daß die Gesellschaft und die Presse darauf hineinfallen könnten. Eine ähnliche Spekulation werde gegenüber Rußland betrieben. Graf Witte sprach dann von der erregten Lage in Rußland und sagte: Wenn alles, was täglich in der auswärtigen Presse in den letzten Jahren über die russischen Angelegenheiten geschrieben worden sei, wahr wäre, so würde Rußland seit langer Zeit nicht mehr existieren. Trotzdem bestehe Rußland und werde auch weiter bestehen, denn trotz des Ernstes der Krise werde es aus ihr neu geboren hervorgehen. Der psychologische Zustand eines großen Teils der europäischen Gesellschaft verlange nach sensationellen Neuigkeiten und die Korrespondenten der auswärtigen Zeitungen sendeten aus Rußland solche Nachrichten, ohne sie zu prüfen und um einer Modelanne zu genügen. Uebrigens, fügte Graf Witte hinzu, kennen die Regierungen der fremden Mächte vollkommen den Stand der Dinge in Rußland und insbesondere die Regierung des befreundeten und verbündeten Frankreich. Er halte sich für verpflichtet zu erklären, daß die französische Regierung sich gegen Rußland mit demselben Gefühle der Freundschaft und des Wohlwollens verhalte wie vorher, und das beruhe auf Gegenseitigkeit.

*

Die Niederwerfung der Revolution gilt in Petersburg als ein glänzender Sieg Wittes, dessen Einfluß am Zarenhofe jetzt ausschlaggebend ist. Die englischen Meldungen, Witte beabsichtige, noch vor oder doch nach dem Zusammentritt der Reichsduma zurückzutreten, sind der „Magdeb. Ztg." zufolge erfunden. Er wird im Gegenteil wahrscheinlich bald zum Reichskanzler ernannt werden.

Der Aufruhr in den Ostseeprovinzen.

Aus Libau wird der „Nowoje Wremja" gedrahtet, daß das sog. vereinigte sozialdemokratische Komitee den Börsenausschuß und die Stadtduma aufgefordert habe, die für den Unterhalt der darbenden Arbeiter nötigen Summen anzuweisen, widrigenfalls die Fabriken demoliert und eingeäschert werden würden.

Zehn Kilometer von Wenden in Livland brennt der Landsitz des Oberhofmeisters Grafen Sievers. Die dorthin entsandte Kosaken-Abteilung mußte unverrichteter Sache zurückkehren, weil ihr eine nach Tausenden zählende bewaffnete Bande im Walde den Weg verlegte.

*

Der Dampfer „Wolga" ist von Riga mit 228 Flüchtlingen in Königsberg angekommen. Der Dampfer „Wolga" hat insgesamt 1047 Personen beimgeschafft, und zwar 803 Reichsdeutsche, unter diesen 614 Arbeiter, ferner 38 Oesterreicher beziehungsweise Ungarn, 20 Italiener, 25 Schweizer, 4 Engländer, 2 Franzosen, 2 Belgier, 10 Dänen, 1 Schweden, fünf Türken, 3 Rumänen, 6 Amerikaner und 128 russische Balten. Von den letzten 228 Flüchtlingen waren 61 Ausländer. 185 waren unterstützungsbedürftig, von ihnen wurden 120 in Pillau und 65 in Königsberg untergebracht. Die Flüchtlinge gehören überwiegend dem Arbeiter- und Handwerkerstande an. Nach Auskunft des Kapitäns der „Wolga" sind vorläufig alle Personen, die flüchten wollten, aus Riga fortgeschafft. Die „Wolga" wird voraussichtlich eine Fahrt nach Reval machen und auf der Rückfahrt Libau und Pernau anlaufen.

Die Aera der Bestrafungen beginnt.

Der Heilige Synod ordnete an, die Geistlichen, die während der Unruhen die Regierungsmaßnahmen ihren Gemeindemitgliedern gegenüber in gesetzwidriger Weise beleuchteten, aus dem Amte zu entfernen und gerichtlich zu verfolgen. Nach Moskauer Meldungen ist festgestellt worden, daß sich einige Geistliche an der revolutionären Bewegung der Fabrik- und Wohnarbeiter direkt beteiligt haben.

In Odessa wurde eine Gruppe Anarchisten verhaftet die verdächtig ist, in letzter Zeit Bomben geworfen zu haben.

Aufstände in Bessarabien.

Aus Bukarest wird der „N. Fr. Pr." telegraphiert: Die große Gärung, die seit langer Zeit unter den Bauern Bessarabiens herrscht, ist nun in offenen Aufstand übergegangen. In den Dörfern Marcautz und Bilisesti wurden Gutsbesitzer von den Bauern ermordet und die Gutshöfe geplündert. In der Nähe von Kalaraschi wurden die Häuser mehrerer Gutsbesitzer zerstört, und ein jüdischer Pächter wurde mit seiner ganzen Familie ermordet und der Pachthof ausgeraubt.

Die Revolution in Sibirien.

Seit mehreren Wochen sind die Militärbehörden ohne Nachricht aus den transkaspischen Provinzen. Andererseits liefen ernste Meldungen ein über die Zustände in Transkaukasien und Sibirien. Die Behörden haben den Belagerungszustand über 25 Militärdistrikte Sibiriens verhängt.

Die Hungersnot in Rußland.

Aus zahlreichen Provinzen laufen fortgesetzt Meldungen ein über die wachsende Hungersnot. Die Regierung trifft alle Maßregeln, um die Not der Bevölkerung nach Möglichkeit zu lindern.

Die Krisis in Ungarn.

In der Untersuchung wegen des Ueberfalls auf den Obergespan Kovacs in Debreczin wurden gestern fünf Personen vernommen. Ein Schlosserlehrling und ein Bildhauer, die den Obergespan geschlagen hatten, wurden verhaftet.

Belgischer Kohlenarbeiterstreik in Sicht.

Für die nächste Woche erwartet man in Brüssel einen Grubenarbeiterausstand, da die Direktoren sich weigern, die von den Arbeitern gestellte Lohnerhöhung zu bewilligen. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß der Ausstand für alle Kohlenbezirke Belgiens proklamiert wird.

Die Senatswahlen in Frankreich.

Nach den bisher bekannt gewordenen Ergebnissen der französischen Senatswahlen sind die meisten der ausscheidenden Mitglieder wieder gewählt worden, darunter Fallières, Chaumié und Bourgeois. Unter den neu in den Senat Gewählten befinden sich Handelsminister Trouillot und der Generalsekretär in Tunis, Pichon. Im ganzen wurden 102 Senatoren neugewählt. Von den Gewählten gehören 27 der republikanischen Linken an, 26 sind Radikale, 14 sozialistische Radikale, 2 Sozialisten, 6 Nationalisten, 16 Reaktionäre und 11 Progressisten.

*

Der Präsident des französischen Senats, Fallières, hielt am Sonnabend eine Rede, in welcher er die Berechtigung der wichtigsten vom französischen Parlament beschlossenen Gesetze, namentlich desjenigen über die Trennung von Kirche und Staat, nachwies, welches ein Regime der Freiheit an Stelle eines unerträglichen Zustandes gesetzt habe. Fallières besprach sodann die äußere Politik und sagte, dank dem Frieden habe Frankreich seine Stellung in der Welt wiedergewonnen. Frankreich gehe seinen Weg, indem es in gerechter Weise darauf bedacht sei, was man ihm und was es selbst anderen Völkern gegenüber zur Aufrechterhaltung des Friedens zu tun schuldig sei. Wenn aber Völkern das Gefühl ihrer Würde abhanden komme, so erwachse ihnen daraus Mißachtung, die den Verfall nach sich ziehe. Frankreich trete nachdrücklich für den Frieden ein, wolle und könne aber nicht in Verfall geraten.

Die Marokko-Frage.

Während die Erklärung des neuen englischen Ministers des Aeußeren, Edward Grey, daß die englische Regierung an dem Marokkoskommen mit Frankreich festhalte, in Paris lebhafte Befriedigung hervorruft, bereitet in Paris, wie die „Magdeb. Ztg." erfährt, die Haltung Amerikas große Sorgen. Es steht fest, daß Amerika die Anlehnung Deutschlands bezüglich der Handelsfreiheit in Marokko teilt und sich allen politischen Vorrechten Frankreichs widersetzen wird, falls dadurch auch Handelsvorteile für Frankreich geschaffen werden. Ebenso werden Holland und Belgien auf der Seite Deutschlands stehen. Von einer Isolierung Deutschlands auf der Marokkokonferenz kann also dem genannten Blatte zufolge keine Rede sein.

Jonnart, der Gouverneur von Algerien, hielt in Ain-Sefra eine Rede, in welcher er erklärte, daß die Regierung von nun an von jeder ernsten Besorgnis und Unruhe hinsichtlich der Verteidigung der algerisch-marokkanischen Grenze befreit sei.

*

Gerüchtweise verlautet, daß, da England, Amerika und Frankreich anläßlich der Eröffnung der Marokkokonferenz Kriegsschiffe in die Nähe des Beratungsortes entsenden werden, auch die deutsche Marine sich mit der Absicht trägt, eine Kreuzerdivision nach dem Mittelmeere zu entsenden.

Serbisch-bulgarische Zollunion.

Die Meldung, daß der bulgarische Agent Rizow in Belgrad in eine schwierige, unhaltbare Lage geraten sei, wird von unterrichteter Seite in Belgrad als erfunden bezeichnet.

Die Zustände im Kongostaat.

Die letzte belgische Post aus dem Kongostaat meldet: Eine Bande von Eingeborenen überrumpelte die katholische Mission in Kwango. Ein Missionar und acht Katecheten wurden getötet und ihre Leichen aufgefressen.

Die Lage in Ostasien.

In der Nähe von Manila sind zwei Brigade-Hauptquartiere errichtet worden, um den Generalen die Möglichkeit zur Abhaltung von Manövern zu geben. Das amerikanische Kriegsdepartement in Washington gibt zu, daß möglicherweise die Lage in China seinen Entschluß, noch zwei Regimenter nach den Philippinen zu senden, beeinflußt habe; es wird bemerkt, daß gegenwärtig nichts vorliege, was einen Notfall wahrscheinlich mache, allein China mache jetzt eine Veränderung durch, und es sei möglich, daß die amerikanischen Interessen Schutz erfordern könnten.

Das neue Kabinett in Japan.

Der Kaiser von Japan hat das neue Kabinett genehmigt. Die Zusammensetzung ist folgende: Premierminister Marquis Saionji, Auswärtiges Koto, Marine Vizeadmiral Mirouri Saito, Krieg General Tirauchi, Finanzen Yoshiro Sakatui, Unterricht der bisherige Gesandte in Wien Makino. Die Politik der Regierung soll unverändert bleiben.

*

Nach einer Meldung des „Daily Telegraph" aus Tokio steht es fest, daß das Mitglied des Geheimen Rats Vicomte Aoki zum japanischen Botschafter in Washington ernannt werden wird.

Oesterreich-Ungarn.

Der Eigentümer des „Neuen Pester Journals", Magnatenhausmitglied Sigmund Brody, einer der bedeutendsten ungarländischen Journalisten und außerdem ein bekannter Wohltäter, ist im 65. Lebensjahre gestorben.

Leitung: Otto Sonne.

Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Fritz Wichmann; für den lokalen Teil: Erich Beuthner; für Provinzialnachrichten: Albert Herling; für das Feuilleton: Dr. Arthur Ploch; für den Handelsteil: Ernst Böhme; für den Inseratenteil: Carl Romacker. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 16 Seiten —
(einschl. „Unterhaltungsblatt" und „Verlosungsliste").

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19060108015/fragment/page=0003

Realschule mit Alumnat
Blankenburg am Harz
Erziehungsanstalt für Knaben gebildeter Stände in herrlicher und gesunder Lage. Berechtigung zum einj.-freiw. Dienst. **Rhetert**, Direktor.

Pensionat und höhere Töchterschule **Villa Mahr** (fr. Bill. Preller). **Bad Ilmenau i. Thür.**
Gediegen. wissensch. Unterricht f. schulpfl. u. konfirm. Mädchen. Gründl. Ausbild. in Küche u. Haushalt. Hrang. u. Engl. i. Hause. Erfolgr. Aufenth. f. schwächl. Kind. u. j. Mädchen (kräft. Gebirgsluft, gelchützte Höhenl., 560 Mtr., gesund. Winterklima). Tägl. kl. u. größ. Ausflüge in d. herrl., waldr. Umgebung. Herzl. Familienleben. Vorzügliche Empfehlungen. Prospekte und Lehrplan durch **Malwine Mahr**, gepr. Schulvorsteherin.

Gegründet 1839. Telegramm-Adresse: Marienhütte, Cainsdorf. Telephon 39 u. 194. Amt Zwickau.
Königin-Marienhütte Aktien-Gesellschaft, **Cainsdorf i. S.** ca. 2000 Beamte und Arbeiter. Güterstation Zwickau.
liefert als Spezialität seit Jahrzehnten:
Dampfmaschinen, stehend u. liegend mit Schieber und Ventilsteuerung in jeder Grösse u. f. alle Betriebe.
Pumpen, Kompressoren, Ventilatoren, Vakuumpumpen, Centrifugalpumpen, Fördermaschinen u. Förderhaspel, kompl. Wasserhaltungen, Gasanstalten, Wasserleitungen, Eisenkonstruktion., kompl. Fabrikbauten etc.
Walzwerk. Giessereien. Martinwerk. Ziegeleien.

Tiefbohrungen
mit Hand und Dampfbetrieb in losem und festem Gebirge bis zu jeder zulässigen Teufe zum Aufschluss artesischer **Wasser, Kohle,** (Braun- u. Steinkohlen) **Kali, Oel** etc.
Meiselbohrungen unter Garantie von
Diamantbohrungen Kerngewinnungen.
Wasserbeschaffung, Brunnenbauten, Anlagen für Städte, Gemeinden, Fabrikzwecke, Güter etc. unter weitgehendster Garantie, selbst in schwierigsten Verhältnissen.
Prima Referenzen. Kostenanschläge bereitwilligst.
F. W. Strohbach'sche Tiefbohrwerke G. m. b. H.
Coethen (Anhalt.)
Contor: Buttermarkt 15. Fernspr. 30.

Schulze & Birner, Rathausstrasse 5.
Weingrosshandlung. Probierstube. Fernruf 1135.
General-Depot der Central-Verkaufs-Gesellschaft
Deutscher Winzervereine m. b. H. Eltville a. Rh.
Absolute Naturreinheit, Jahrgang u. Lage garant. — Originalfüll. d. Verkaufs-Genossensch. Eltville.
Wohlfeile Spezialmarken:

1903 Diedesfelder	M. 1,—	1900er Binger Rosengarten	M. 1,40
1903er St. Martiner	„ 1,10	1902er Deidesheimer	„ 1,50
1901er Canber	„ 1,20	1899er Oestricher	„ 1,60
1901er Assmannshäuser	„ 1,30	u. höher p. Flasche, ohne Glas.	

Bei 12 Flaschen 10% Rabatt. Auf Wunsch vollständige Preislisten.

Blasen- u. Nierenkranken
ist dringendst zu empfehlen der Besuch des kgl. Mineralbades **Brückenau**, sowie zur **Trinkkur** das
Wernarzer Wasser
Kgl. Bayr. Mineralbad **Brückenau**
Wernarzer Wasser ist von hervorragender Heilwirkung bei harnsaurer Diathese, Gicht, Nieren-, Stein-, Gries- u. Blasenleiden, sowie allen übrigen Erkrankungen der Harnorgane. — Die Quelle ist seit Jahrhunderten medizinisch bekannt.
Erhältlich in allen Apotheken u. Mineralwasserhdlgen. Schutzmarke
Nach neueren Erfahrungen ist **Wernarzer Wasser** auch **ausserordentlich wirksam** zur Aufsaugung **pleuritischer Exsudate.**
Hauptniederlage in Halle bei Herren **Helmbold & Co.**

Zuntz Kaffee
Geröstete aromatisch conservierte Kaffees in Packungen von ½ u. ¼ Ko.
Caramelisiert, Heliglasiert
Mark 1.00, 1.20, 1.40, 1.50, 1.60, 1.70, 1.80, 1.90, 2.00 pro ½ Kilo.
Unübertroffen an Aroma, Reinheit und Kraft.
Nur in Original-Packung
der Firma A. Zuntz sel. Wwe. Kgl. etc. Hoff.
Käuflich in den besseren Geschäften der Lebensmittelbranche.

Neue Hendel-Bände
Bibliothek der Gesamt-Literatur
Nummer 1920–1923.

Eckermanns Gespräche mit Goethe
in den letzten Jahren seines Lebens.
Herausgegeben von **Friedrich Bernt.** Nebst einem Anhang: **Goethes Gespräche mit Friedrich Soret.** Mit Einleitung, Anmerkungen und mit J. P. Eckermanns Bildnis.
Eckermanns Gespräche mit Goethe sind für jeden Verehrer dieses Dichterfürsten ein Festgeschenk, dem sich keine zweite literarische Gabe ebenbürtig an die Seite zu stellen vermag. Mit vollem Recht sind sie deshalb verschiedenseitig als das wichtigste Buch der Goethe-Literatur bezeichnet worden, das wie kein zweites geeignet ist, uns in die unerschöpflich reiche Gedankenwelt Goethes einzuführen. Und wahrlich, man kennt Goethe nicht, wenn man diese Gespräche nicht kennt.
Die in vorliegender Ausgabe zum erstenmal durchgeführte Ausmusterung der von Eckermann ursprünglich in den dritten Teil seiner Originalausgabe eingeflochtenen Gesprächen als besonderer Anhang beigegeben wurden, verdient als Vorzug vor den verschiedenen bereits existierenden Ausgaben hervorgehoben zu werden. Treffliche Einleitungen, mit liebevoller Sorgfalt geschriebene Anmerkungen und der prächtige Einband werden zusammenwirken, um diese Hendelsche Ausgabe zu einer der führenden, ihre Vorgängerinnen überflügelnden zu machen.
Broschiert 2,— M. in Leinenband 2,25 M. in eleg. effektv. Geschenkband 3,— M.

Friedrich Hebbel, Der Rubin.
Ein Märchen-Lustspiel in 3 Akten.
Mit einer Einleitung und dem Bilde Hebbels.
Hebbels „Rubin" ist eine romantische Komödie im Tieckschen Stile, die in ihrer Mischung des Seltsam-Außergewöhnlichen und Zauberhaften mit stark realistischen Zügen an Grabbe erinnert, dessen „Aschenbrödel" Hebbel ein Motiv entlehnt hat. Im „Rubin" offenbart sich die vergrübelte Natur Hebbels, die allerdings oft das rechte Maß des harmonisch Schönen verfehlt, aber durch eine echt künstlerische Begeisterung über die Schroffheiten hinweghilft, die dem Pessimisten Hebbel bis in sein hohes Mannesalter hinein anhafteten.
Brosch. 25 ₰, in Leinenband 50 ₰

Joh. Heinr. Pestalozzi.
Wie Gertrud ihre Kinder lehrt.
Bearbeitet von **Richard Poppe** und **Otto Schulze.**
Mit einer Einleitung und dem Bilde Pestalozzis.
Pestalozzis Bestreben, in seinem ursprünglich für Mütter und Erzieher bestimmten Buche „Wie Gertrud ihre Kinder lehrt" eine Darstellung seiner Erziehungs- und Unterrichtsgrundsätze zu geben, selbe aber gleichzeitig psychologisch zu begründen, hat das Verständnis dieser sonst so prächtigen Arbeit sehr erschwert und eine bärtige Unterbrechung des Gedankenganges zur Folge gehabt. Es fehlt die logische Gliederung, die scharfe, systematische Herausarbeitung des Hauptgedankens. Dem hat vorliegende Bearbeitung abzuhelfen versucht, indem sie dem Buche eine zusammengefaßte Darstellung der pädagogischen Gedanken Pestalozzis einreiht, unter gleichzeitiger Bezugnahme auf seine sonstigen Ideen, wie sie sich namentlich ausgeprägt finden in „Lienhard und Gertrud". Dadurch hat sie einen Vorsprung vor allen anderen Ausgaben gewonnen, der sie an die erste Stelle rückt.
Brosch. 75 ₰, in Leinenband 1 M.

Hans Sachs, Tragödien.
In freier Bearbeitung von **Gustav Burchard.**
Mit einer Einleitung und dem Bilde von Hans Sachs.
Seitdem uns Hans Sachs sprachlich nahe gebracht wurde, was Burchard vorzüglich gelungen ist, bedarf es keines festlichen Anlasses mehr, keines nachsichtig gestimmten Publikums, um diesen Erstlingen der Bühne Geltung zu verschaffen. Vorliegende kleine Auslese seiner Tragödien sowohl, als auch seiner Komödien (Nr. 1327 der Bibl. der Gesamtlit.), wird dazu beitragen, weiteren Kreisen die Kenntnis der Werke des schaffensfrohen Nürnberger Meisters zu vermitteln. Namentlich sei auf die „Tragedi Von der strengen Lieb' Herrn Tristans mit der schönen Königin Isolden" aufmerksam gemacht, in der wir wohl das Urbild des gewaltigen Wagnerschen Musikdramas zu erblicken haben.
Brosch. 25 ₰, in Leinenband 50 ₰
Zu beziehen durch sämtliche Buchhandlungen.
Otto Hendel Verlag.

David's Mignon-Kakao
pr. Pfd. Mk.: 1.60, 1.80, 2.00 u. 2.40
ist das feinste Fabrikat der Neuzeit.
Fr. David Söhne, Halle a. S.

David's Mignon-Schokolade
p. ¼ Pfd. Packet 40, 50, 60 Pfg
ist das feinste Fabrikat der Neuzeit.
Fr. David Söhne, Halle a. S.

In jeder Woche
beziehen unsere w. Privat-Kunden abwechselnd:
Milchmast-Poulets pro Pfd. M. 1,30, **Poularden** pro Pfd. M. 1,50, **Enten** pro Pfd. M. 0,90 und **Puten** pro Pfd. Mk. 1.—, weil wohlschmeckendes zartes Fleisch. — Streng reelle Bedienung.
Telegramm-Adresse: **Milchpoularde, Haynau.**
Geflügelmastanstalt Gölischau i. Schl.
Zuchtstation der Landwirtschaftskammer.

Lebendfrischen Norderneyer Angel-Schellfisch,
hochfeine Engl. Kaiser-Matjesheringe,
neue Französ. Nieren-Kartoffeln, Nürnberger Ochsenmaulsalat, Eibinger Riesen-Fürsten-Neunaugen,
prachtvolle Holl. Austern
empfehlen
Sprengel & Rink,
Inh.: **Franz Sprengels Erben & Oskar Klose.**

Lehrfabrik Ilmenau
Ausbild. v. Volontären i. Maschinenbau u. Elektrotechnik. Prosp. gratis.

Wiederverkäufern
empfehlen alle Sorten
Masken, Narren-Kappen, Karnevals-Artikel
in größter Auswahl.
Preislisten gratis und franko.
Adler & Co.,
Halle S., Franckestr. 16.
Fernsprecher 1081.

Joh. Jajszycek,
Schuhmachermeister, Fernspr. 1996.
Spezialität: Fussbekleidung
für **Fussleidende** nach anatomisch. Grundsätzen. Beste Erfolge.
Halle a/S., verläng. Krukenbergstr. 18.

Waschgefäße
dauerh., vill. Bauder, Gr. Klausstr. 12
Mitglied des Rabattsparvereins.

Tabak, a Pfd. 22 Pfg.,
f. geschn. Rippen, rein amerikanisch.
H. W. Haacke, Gr. Klausstr. 16.

Sicherheits-Sprengstoff Glückauf
Bester Ersatz für Dynamit
Höchster Effekt sowohl in der Kohle wie im Gestein. Grosse Wetterschonheit und Lagerbeständigkeit. Keine Nachschwaden. Bedeutende Ersparnis gegen die bisher gebräuchlichen Sprengstoffe.
Sprengstoffwerke „Glückauf"
Act. Ges. Hamburg 19.

Gutes dauerhaftes Gummiband
für Strumpfbänder kauft man bei
H. Schnee Nachf., Gr. Steinstr. 84.

Braunschweiger Mumme.
Blutarme
geniessen zur Stärkung und Blutbildung Braunschweiger Mumme.
Brustkranke
nehmen als bestes Kräftigungs- u. Heilmittel Braunschweiger Mumme.
Husten, Katarrhe
beseitigt man am sicherst. durch die malzreiche Braunschweiger Mumme.
Nervenkranke
fühlen sich am wohlsten nach Genuss der völlig reizlosen alkoholfreien Braunschweiger Mumme.
Fl. M. 1.80 frei Haus. Postkolli 2½ Fl.
Mumme-Brauerei Franz Steger
Braunschweig.

Billigste Bezugsquelle elektrisch. Bedarfsartikel für Klingel-, Licht- und Telephonanlagen, Apparat. für Lehr- und Heilzwecke, Werkzeuge für Holz- und Metallarbeiter. — *Illustr. Pracht-Katalog gratis.*
Georg Schöbel,
Reichsstr. 57, Leipzig.

Brillant
Glanz-Stärke
mit Schutzmarke
Globus
gibt die schönste Plättwäsche

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19060108015/fragment/page=0004